

**Fragen**

**für die Fragestunde der 32. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 7. Mai 2014**

**Verzeichnis der Fragenden**

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	20	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	8, 14
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	39, 40	Kunert, Katrin (DIE LINKE.) .....	23, 24
Behrens, Herbert (DIE LINKE.) .....	2	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	46, 47
Bellmann, Veronika (CDU/CSU) .....	1, 38	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	48, 49	Möhring, Cornelia (DIE LINKE.) .....	41, 42
Buchholz, Christine (DIE LINKE.) .....	21, 22	Dr. Neu, Alexander S. (DIE LINKE.) .....	28, 29
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	31, 32	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	18, 19
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.) .....	25, 26	Renner, Martina (DIE LINKE.) .....	34, 35
Hänsel, Heike (DIE LINKE.) .....	16, 17	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	36, 37
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.) .....	12	Tank, Azize (DIE LINKE.) .....	45
Höger, Inge (DIE LINKE.) .....	11	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	13
Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	27	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.) .....	15
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) .....	30, 33	Werner, Katrin (DIE LINKE.) .....	43, 44
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	9, 10	Zimmermann, Pia (DIE LINKE.) .....	5, 50
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	6, 7		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung . . . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie . . . . .	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz . . . . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung . . . . .	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend . . . . .	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

1. Abgeordnete  
**Veronika Bellmann**  
(CDU/CSU) Welche Qualitätsstandards definiert die Bundesregierung für die stationäre und mobile Pflege von Patienten angesichts der frei zwischen den Trägern der Pflege und den Krankenversicherungen auszuhandelnden Stundenpflegesätze?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur**

2. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.) Unter welchen Bedingungen kann die Europäische Kommission, die nach Aussage der Bundesregierung weiterhin kein unmittelbares „Vetorecht [...] bei der Einführung von lärmbedingten Betriebsbeschränkungen“ (Ausschussdrucksache 18(15)29 des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages) an Flughäfen haben wird, mittels eines Vertragsverletzungsverfahrens lärmbedingte Betriebsbeschränkungen monieren und ggf. aufheben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

3. Abgeordneter  
**Peter Meiwald**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Sieht die Bundesregierung aufgrund der Daten des Umweltbundesamtes eine Zunahme von Feinstaub, vor allem in Ballungsräumen, und was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Hauptquellen für die Belastung?
4. Abgeordneter  
**Peter Meiwald**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil an Feinstaub aus Kohlekraftwerken in Polen, und welche Gebiete waren die Ursache für die Überschreitung der Grenzwerte (bitte mit Datumsangaben; Artikel: Warum die Feinstaub-Belastung jetzt schon groß ist, DIE WELT, 15. April 2014)?

5. Abgeordnete  
**Pia Zimmermann**  
(DIE LINKE.) Nach welchen Kriterien entscheidet die Bundesregierung über den Standort des zu gründenden Bundesamts für kerntechnische Entsorgung, und welche Anforderungen hat sie an die Bewerber gestellt?
6. Abgeordnete  
**Sylvia Kötting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Aus welchen Gründen gelang es entgegen der ursprünglichen Planung nicht, bis Ostern 2014 eine politische Einigung über Zwischenlagerstandorte für die insgesamt 26 ausstehenden Castoren mit verglasten radioaktiven Wiederaufarbeitungsabfällen aus La Hague und Sellafield zu finden, und welches weitere Vorgehen ist für das Erreichen einer solchen Einigung seitens des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit nun geplant (bitte mit Angabe aller entsprechenden Termine für Bund-Länder-Besprechungen etc.)?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

7. Abgeordnete  
**Sylvia Kötting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Verträge zur Regelung der Rechte und Pflichten der Anteilseigner des Allgemeinen Versuchsreaktors (AVR) Jülich sowie der AVR GmbH wie Gründungsverträge, Gesellschafterverträge, Betriebsführungsverträge etc. gab es nach Kenntnis der Bundesregierung zur Zeit der Gründung und Errichtung und des Betriebs des AVR (bitte mit Angabe des jeweiligen Datums), und welche dieser Verträge liegen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung vor?
8. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Beabsichtigt die Bundesregierung, die in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/1268 beschriebene Forschung an Hochtemperaturreaktoren des Forschungszentrums Jülich inklusive der Kooperationsaktivitäten mit der VR China weiterhin gutzuheißen und zu unterstützen, und wenn ja, welche konkrete Absicht verfolgt die Bundesregierung mit dieser im Forschungszentrum Jülich betriebenen Reaktorforschung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

9. Abgeordneter  
**Uwe  
Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Nach welchen Kriterien wurden die Teilnehmer bzw. Organisationen des Runden Tisches des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, zum Thema Siegel in der Textilindustrie ausgewählt (bitte auch die schließlich eingeladenen Teilnehmer nennen), und was waren die Ergebnisse des Treffens am 30. April 2014?
10. Abgeordneter  
**Uwe  
Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum gibt die Bundesregierung einem freiwilligen Siegel für Arbeitsstandards in der Textilproduktion den Vorzug vor gesetzlichen Maßnahmen, die für alle Marktteilnehmer gleichermaßen verbindlich wären, und inwiefern soll sich das von Bundesminister Dr. Gerd Müller angedachte Siegel von etablierten Siegeln wie „GOTS“ oder „FairWear“ unterscheiden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

11. Abgeordnete  
**Inge  
Höger**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Genehmigungsanfragen zum Export eines Gefechtsübungszentrums sind bisher vom Bundessicherheitsrat beschieden worden (unter Angabe der Empfängerstaaten und der Entscheidung), und welche Exportgenehmigungen für Gefechtsübungszentren wurden bislang zurückgezogen?
12. Abgeordneter  
**Dr. André  
Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit wurden aus Sicht der Bundesregierung die mit dem (vom Bund geförderten) Tag des Barrierefreien Tourismus auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) am 7. März 2014 verbundenen Ziele erreicht, und welche Planungen bzw. Schlussfolgerungen gibt es seitens der Bundesregierung für einen Tag des Barrierefreien Tourismus auf der ITB 2015?

13. Abgeordnete  
**Dr. Julia  
Verlinden**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Energieeinsparmaßnahmen hat die Bundesregierung im Rahmen des Dritten Nationalen Energieeffizienzaktionsplans (3. NEEAP) am 30. April 2014 nach Brüssel gemeldet, und welche Energieeinsparungen (in Megajoule) erwartet die Bundesregierung durch diese Maßnahmen (bitte Aufschlüsselung der einzelnen Maßnahmen und der jeweiligen erwarteten Energieeinsparungen)?
14. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Austritt einer großen Menge Öl im Umfeld von Kavernenspeichern in Gronau-Epe (siehe u. a. [www.rp-online.de/nrw/oelaustritt-in-gronau-kaverne-unterverdacht-aid-1.4204871](http://www.rp-online.de/nrw/oelaustritt-in-gronau-kaverne-unterverdacht-aid-1.4204871)), und in welcher Weise ist dieses Ereignis Anlass für die Bundesregierung, vorhandene Öl- und Gaskavernenspeicher generell auf ihre Sicherheit hin zu überprüfen?
15. Abgeordnete  
**Kathrin  
Vogler**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit kann die Bundesregierung ausschließen, dass in dem geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und den USA die Handelsbeschränkungen durch die EU-Antifolterliste etwa für Pharmazeutika, die zu Hinrichtungszwecken verwendet werden können, aufgehoben werden, und wird sie sich ggf. dafür einsetzen, dass diese Handelsbeschränkungen auch weiterhin in Kraft bleiben?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

16. Abgeordnete  
**Heike  
Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Wie erklärt die Bundesregierung die widersprüchlichen Aussagen, einerseits antwortete ein US-Militärsprecher nach einem Treffen hochrangiger deutscher und amerikanischer Militärs im US-Afrika-Kommando (AFRICOM) in Stuttgart-Möhringen laut „Stuttgarter Zeitung“ vom 30. April 2014, auf die Frage, ob über die US-Kampfdrohnen gesprochen worden sei, „man koordiniere Einsätze eng mit den Verbündeten und den afrikanischen Partnern“, andererseits behauptete die Bundesregierung in früheren mündlichen und schriftlichen Anfragen stets (Bundestagsdrucksache 17/14401 u. a.) bezüglich der im AFRICOM koordinierten US-Drohneinsätze, sie verfüge über keine eigenen Erkenntnisse über diese Drohneinsätze, und welche Aktivitäten und Aufgabenbereiche der Bundeswehr und Nachrichtendienste umfasst konkret die Koordination solcher Einsätze?

17. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Welche Sicherheitsmissionen im Rahmen des Anti-Terrorkampfes unterstützt AFRICOM (siehe Stuttgarter Zeitung vom 30. April 2014), und um welche amerikanisch-deutschen Vereinbarungen handelt es sich (bitte vollständiges Dokument anfügen), mit denen die AFRICOM-Aktivitäten in Deutschland und Afrika in voller Übereinstimmung sind?
18. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Angriff auf politische Gefangene im Evin-Gefängnis durch die iranischen Sicherheitskräfte, und welche Maßnahmen hat sie in diesem Zusammenhang ergriffen?
19. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die von der US-amerikanischen Regierung gestützten Indizien über die Unterstützung der ostukrainischen Separatisten durch Russland?
20. Abgeordnete  
**Marieluise Beck**  
(Bremen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass der militärische Anführer der pro-russisch Aufständischen in der östlichen Ukraine, Igor Strelkow, der sich selbst als Kommandierender der Donbass-Streitkräfte ausgibt (dpa, 28. April 2014), und angibt, mit seiner auf der Krim rekrutierten „Einheit“ nach Slawjansk gekommen zu sein (DIE WELT, Die seltsame Show der Separatisten, 28. April 2014), ein Offizier des russischen Auslandsgeheimdienstes GRU ist (DIE WELT, 28. April 2014), und falls ja, was unternimmt die Bundesregierung gegenüber der russischen Regierung für die Freilassung der gegebenenfalls unter Befehlsgewalt eines russischen Geheimdienstoffiziers in Slawjansk gefangen gehaltenen Mitglieder der OSZE-Mission (OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)?
21. Abgeordnete  
**Christine Buchholz**  
(DIE LINKE.)
- Welche Bestandteile der ukrainischen Streitkräfte sollte die derzeit im ostukrainischen Slawjansk festgehaltene OSZE-Mission inspizieren (bitte aufschlüsseln nach Einheit, Ort, geplantem Inspektionszeitpunkt), bevor sie von separatistischen Kräften festgenommen wurde?

22. Abgeordnete  
**Christine  
Buchholz**  
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung oder die Bundeswehr vor der Entscheidung, Bundeswehrangehörige in die Ostukraine zu entsenden, eine Risikoeinschätzung getroffen, und welche Schlussfolgerungen hat sie daraus bezüglich der Gefährdung für Leib und Leben der Inspektoren gezogen?
23. Abgeordnete  
**Katrin  
Kunert**  
(DIE LINKE.)
- Wurde seitens der Bundesregierung oder der ukrainischen Übergangsregierung gemäß Artikel 93 des Wiener Dokuments der Versuch unternommen, das in der Besuchsregion vorhandene „andere bewaffnete Personal“ (pro-russische Aufständische) in angemessener Weise von der Anwesenheit der Inspektoren zu informieren, und falls nein, weshalb nicht?
24. Abgeordnete  
**Katrin  
Kunert**  
(DIE LINKE.)
- Hält die Bundesregierung insbesondere die Entsendung von nahezu ausschließlich NATO-Militärangehörigen für diese Inspektion für einen geeigneten Schritt, um die Situation in der Ukraine zu deeskalieren und Vertrauen zwischen den Konfliktparteien herzustellen?
25. Abgeordneter  
**Wolfgang  
Gehrcke**  
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung oder zumindest der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, oder die Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, bei ihrer Entscheidung, Militärbeobachter im Rahmen einer vereinbarten Verifikationsmission der OSZE in die Ukraine zu entsenden, eine Abwägung zwischen der Gefährdung der vertraglich vereinbarten zivilen OSZE-Mission und der Bedeutung der möglicherweise gewonnenen Erkenntnisse vorgenommen?
26. Abgeordneter  
**Wolfgang  
Gehrcke**  
(DIE LINKE.)
- Welchen konkreten Auftrag haben die entsandten Militärbeobachter gehabt, und warum wurde der Deutsche Bundestag nicht vor der Entsendung der Delegation in die Entscheidung einbezogen?
27. Abgeordneter  
**Andrej  
Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um die Voraussetzungen für faire und freie Wahlen bei den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 in der Ukraine zu unterstützen, und unter welchen Umständen geht die Bundesregierung davon aus, dass die Durchführung der Wahl das Risiko birgt, zu einer Eskalation der Krise in der Ukraine beizutragen?



28. Abgeordneter  
**Dr. Alexander S. Neu**  
(DIE LINKE.) Welche Voraussetzungen müssen nach Maßgabe der Bundesregierung erfüllt sein, um von „OSZE-Beobachtern“ (siehe Website des Auswärtigen Amtes) zu sprechen, und bleibt die Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, bei ihrer Darstellung vom 28. April 2014, dass die Zustimmung aller OSZE-Länder zu diesem Einsatz erfolgte?
29. Abgeordneter  
**Dr. Alexander S. Neu**  
(DIE LINKE.) Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die Bundeswehrangehörigen auch Erkenntnisse über die militärische Situation der Aufständischen gewonnen haben, und aus welchem Grund wurden in den Karten der Inspektoren Standorte von pro-russischen Einheiten und Check-Points aufgezeichnet (vgl. Wirtschafts Woche vom 27. April 2014, heise.de vom 28. April 2014)?
30. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob ukrainische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die nicht Teil der ukrainischen Sicherheitskräfte waren, aber womöglich Organisationen der extremen Rechten angehörten, im Laufe des vergangenen oder Anfang dieses Jahres in EU-Staaten polizeiliche oder militärische Ausbildungen erhalten haben, und was kann sie über diese Ausbildungen mitteilen?
31. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.) Welche Person oder Institution hat konkret die Entsendung der drei Militärbeobachter der Bundeswehr in die Umgebung der ostukrainischen Stadt Slawjansk ([www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.ukraine-krise-verwirrung-um-den-beobachter-einsatz.4209e466-fa1b-4c9c-8a8e-22c0995d0fa8.html](http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.ukraine-krise-verwirrung-um-den-beobachter-einsatz.4209e466-fa1b-4c9c-8a8e-22c0995d0fa8.html)) veranlasst, und mit welchem genauen Auftrag wurden sie entsandt (bitte unter Angabe des Datums)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

32. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Schlussantrag des Generalanwalts Paolo Mengozzi vom 30. April 2014 in dem Verfahren „Dogan“ (C-138/13) des Europäischen Gerichtshofs, insbesondere in Hinblick auf einen möglichen Erlass zum Verzicht auf bislang geforderte Sprach-

nachweise als Bedingung für den Ehegattennachzug bis zu einem Urteil des EuGH in dieser Sache, weil nach Ansicht des Generalanwalts die deutsche Regelung nicht mit dem EWG-Türkei-Assoziationsrecht und mit der EU-Familienzusammenführungsrichtlinie vereinbar ist (bitte begründet ausführen), und welche Konsequenzen zieht sie aus den Leitlinien der Europäischen Kommission vom 3. April 2014 zur Anwendung der Familienzusammenführungsrichtlinie (COM(2014)210 final), aus denen ebenfalls hervorgeht (S. 17 ff.), dass die deutsche Regelung der Sprachanforderungen im Ausland nicht mit EU-Recht unvereinbar ist, etwa hinsichtlich der dort geforderten Verhältnismäßigkeitsprüfung in jedem Einzelfall (bitte ebenfalls begründet darlegen)?

33. Abgeordnete  
**Ulla  
Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist die Bundesregierung nach den Schlussanträgen des Generalanwalts Yves Bot vom 30. April 2014 in den EuGH-Rechtssachen C-473, C-474 und C-514/13 (EuGH – Europäischer Gerichtshof) dazu bereit (vgl. Antworten der Bundesregierung auf meine Schriftlichen Fragen 11 und 12 auf Bundestagsdrucksache 18/36), darauf hinzuwirken, dass alle bislang noch in gewöhnlichen Haftanstalten untergebrachten Abschiebungshäftlinge sofort entlassen werden, da angesichts der erheblichen und grundlegenden Zweifel an der Rechtsgrundlage solcher Inhaftierungen die Freiheitsrechte der Betroffenen überwiegen (bitte begründet darlegen), und welche Angaben kann die Bundesregierung zu den diesbezüglichen Überlegungen, Positionen und Maßnahmen der Bundesländer, die über keine speziellen Einrichtungen für die Abschiebungshaft verfügen, machen (bitte ausführen)?
34. Abgeordnete  
**Martina  
Renner**  
(DIE LINKE.)
- Durch welche Behörde haben welche Bundesbehörden erstmals von der CD mit der Aufschrift „NSU/NSDAP“ (vgl. DER SPIEGEL vom 18. April 2014, [www.spiegel.de/panorama/toter-v-mann-corelli-sollte-zu-nazi-cd-befragt-werden-a-965216.html](http://www.spiegel.de/panorama/toter-v-mann-corelli-sollte-zu-nazi-cd-befragt-werden-a-965216.html)) Kenntnis erhalten (bitte unter Angabe des Zeitpunktes)?
35. Abgeordnete  
**Martina  
Renner**  
(DIE LINKE.)
- Welche der auf der genannten CD befindlichen Dateien, mit welchem Inhalt und Erstellungsdatum, lassen sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung dem V-Mann Corelli zurechnen?

36. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Werden die drei momentan vom Bundesamt für Verfassungsschutz ausgeschriebenen IT-affinen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im Bereich „Zentrale Fachunterstützung“, welche laut Ausschreibung auch mit der „Auswertung gesammelter Informationen“ betraut werden sollen, von Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes in der Nutzung von Datensammlungssoftware, wie beispielsweise XKeyscore, Prism oder anderen, geschult (SPIEGEL ONLINE 20. Juli 2013), und inwiefern werden die Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes, die mit der Schulung beauftragt sind, selbst auch heute noch vom amerikanischen Geheimdienst NSA oder anderen für die Schulung ihrer deutschen Kolleginnen und Kollegen ausgebildet?
37. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung – entgegen ihrer bisherigen Stellungnahme (tagesschau.de und sueddeutsche.de; jeweils vom 30. April 2014) – die Auffassung des Rechtsgutachtens des Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) vom 23. April 2014, wonach sie verfassungsrechtlich „alternativlos“ verpflichtet ist, Edward Snowden rasch um Einreise nach Deutschland zu bitten, um hier frei über Gefährdungen informationeller Bürger- und Grundrechte durch die NSA aufzuklären, was die USA bisher verweigert, und mit welchen Tatsachen und konkreten Erkenntnissen begründet die Bundesregierung ihre bisherige Annahme, gegenüber ihrer Kooperationspflicht mit dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages wöge verfassungsrechtlich ihre, nach meiner Auffassung unbelegte sowie unrealistische, Vermutung schwerer, eine Einreise Edward Snowdens nach Deutschland könne die Kooperation US-amerikanischer mit hiesigen Geheimdiensten einschränken?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz**

38. Abgeordnete  
**Veronika Bellmann**  
(CDU/CSU)
- Welche Ansicht hat die Bundesregierung zur weiteren Aufrechterhaltung und Verhältnismäßigkeit der Einziehung einer „angemessenen“ Vergütung für die Kabelweitersendung bei als „Sendeunternehmen“ geltenden Antennengemeinschaften durch Verwertungsgesellschaften, wie die Gesellschaft für musikalische Aufführungs- u. mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) oder die VG Media, Gesellschaft zur Verwertung der Urheber- und Leis-

tungsschutzrechte von Medienunternehmen mbH, auf der Grundlage des § 20b des Urheberrechtsgesetzes?

39. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
**(Köln)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche kriminalistischen und forensischen Effekte erhofft sich die Bundesregierung von den unterschiedlichen „Gründen“ i. S. des § 1 AGG, § 130 Absatz 1 Satz 1 des Strafgesetzbuchs (StGB) und § 46 Absatz 2 Satz 2 StGB (Entwurf), und wie will die Bundesregierung dennoch bei bestimmten Formen der Hasskriminalität (z. B. antisemitische, islamfeindliche, homosexuellenfeindliche etc.) zu einer verstärkten Sensibilisierung bei Polizei und Justiz beitragen?
40. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
**(Köln)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche rechtlichen und tatsächlichen Umstände begründen eine Abweichung bei § 46 Absatz 2 Satz 2 StGB (BMJ-Entwurfassung) (BMJ – Bundesministerium der Justiz), § 130 Absatz 1 Nummer 1 StGB von den Gründen des § 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), und warum schlägt die Bundesregierung hier keine Angleichung vor?
41. Abgeordnete  
**Cornelia Möhring**  
(DIE LINKE.)
- Welchen weitergehenden Änderungsbedarf sieht die Bundesregierung hierzulande, damit in der Bundesrepublik Deutschland ausreichende einklagbare Regelungen zum Schutz vor Diskriminierungen aufgrund von Behinderungen, Geschlecht, Herkunft vorhanden sind und Gleichbehandlung in der öffentlichen Debatte zur nachhaltigen Orientierung in Beruf und Gesellschaft werden kann?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

42. Abgeordnete  
**Cornelia Möhring**  
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen will die Bundesregierung für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf EU-Ebene ergreifen, und welche Schritte sind dazu im laufenden Jahr geplant?

43. Abgeordnete  
**Katrin Werner**  
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Aktivitäten unterstützt die Bundesregierung die Forderung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (ESWA), einen europäischen „Lenkungsausschuss einzusetzen, um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu überwachen“?
44. Abgeordnete  
**Katrin Werner**  
(DIE LINKE.)
- Wie unterstützt die Bundesregierung die Position des Rates der Europäischen Union vom 29. Oktober 2012 über die „Einsetzung eines unabhängigen Rahmens zum Schutz, zur Förderung und zur Überwachung der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, bestehend aus dem Europäischen Ombudsmann, dem Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments, der EU-Grundrechteagentur, dem Europäischen Behindertenforum und der Europäischen Kommission“?
45. Abgeordnete  
**Azize Tank**  
(DIE LINKE.)
- Welche verbindlichen Zusagen bzw. Lösungsvorschläge hat die Bundesregierung – während ihrer Ende April 2014 durchgeführten Gespräche – der polnischen Regierung unterbreitet, „um von der geltenden Rechtslage abweichende Lösungsmöglichkeiten“ (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/1183) zu finden, damit jüdische Ghetto-Arbeiterinnen und -Arbeiter mit Wohnsitz in Polen, die bislang von der Zahlbarmachung von Ghetto-Renten nach dem Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto ausgenommen waren, mit anderen jüdischen Ghetto-Arbeiterinnen und -Arbeitern gleichgestellt werden können und so von der Zahlbarmachung von Ghetto-Renten gleichberechtigt mitumfasst sind?
46. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Beschäftigte ab dem 55. Lebensjahr, die innerhalb der letzten vier Jahre vor dem Tag der Arbeitslosigkeit mindestens 24 Monate in einem Versicherungspflichtverhältnis gestanden haben, wurden im Zeitraum vom 1. April 1999 bis zum 31. Januar 2006 von ihren Arbeitgebern entlassen, und wie viele Arbeitgeber waren in diesem Zeitraum nach der Vorschrift des § 147a a. F. des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) verpflichtet, der Bundesagentur für Arbeit das für ältere Arbeitnehmer gezahlte Arbeitslosengeld I zu erstatten?

47. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung aufgrund der hohen Steuereinnahmen, sich bereits in dieser Legislaturperiode, d. h. deutlich vor dem Jahr 2019, mit zusätzlichen Mitteln an den ausgeweiteten Leistungen für Kindererziehung für vor dem Jahr 1992 geborene Kinder zu beteiligen, und zu welchem Ergebnis kam die Erhebung des GKV-Spitzenverbandes (GKV – Gesetzliche Krankenversicherung), ob alle Krankenkassen die Datenlücke für den gesamten infrage kommenden Zeitraum schließen können, um zwischen Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld und Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe differenzieren zu können (siehe Antwort der Bundesregierung zu Frage 17 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/955)?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

48. Abgeordnete  
**Agnieszka Brugger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen sollen vor dem Hintergrund der Kritik des Bundesrechnungshofes ergriffen werden, um eine realistische und im Haushalt nachvollziehbare Abbildung der Kosten für den Eurofighter (insbesondere bei den Lebenswegkosten) vorzunehmen?
49. Abgeordnete  
**Agnieszka Brugger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wurde bei den Gesprächen zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem US-Afrika-Kommando in Stuttgart am 29. April 2014 jenseits einer besseren Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und US-Afrika-Kommando AFRICOM auch über das US-amerikanische Drohnenprogramm in Afrika gesprochen, und wenn ja, welche Position hat die Bundesregierung hierzu vertreten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

50. Abgeordnete  
**Pia  
Zimmermann**  
(DIE LINKE.)
- Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung zum Vorschlag für eine Richtlinie zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung (Ratsdok. 11531/08 – KOM(2008) 426 endg.)?

